

Redebeitrag des Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU Thüringen Dieter Althaus MdL auf der Regionalkonferenz am 13. März 2007, in Waltershausen

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, lieber Norbert,

herzlichen Dank, dass du den weiten Weg hier nach Waltershausen in das Herz von Thüringen unternommen hast und dass du heute Abend zu uns sprichst zu einem wesentlichen Thema der Identität und auch der Zukunftsfähigkeit der Union.

Lieber Mike Mohring,

liebe Freunde,

sowohl die Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,

dem Thüringer Landtag,

aus dem Kabinett,

wie auch aus den Kreisverbänden,

ich freue mich, heute Abend hier zu sein auf unserer zweiten Regionalberatung.

Gelöscht: ¶

Ganz besonders, dass der erste Bürger Michael Brychcy sein Haus geöffnet hat - Gleis3Eck-, in dem schon andere sehr gute Veranstaltungen stattgefunden haben.

Gelöscht:

Dann begrüße ich noch ganz herzlich den Landrat, der eines geschafft hat, was für

Gelöscht: ¶

Thüringen von großer Bedeutung ist - genau wie Christine Zitzmann - der den Wechsel von der Sozialdemokratie wieder hin zur Union erreicht hat und dies ist wichtig, damit wir gerade auch die kommunalpolitische Basis wieder stärker aufbauen. Die ja auch die Grundlage für den dauerhaften Erfolg im Land und auch die Grundlage für den dauerhaften Erfolg im Bund und auch in Europa ist.

Wenn wir heute Abend auf der zweiten Regionalberatung ins Gespräch kommen wollen, dann möchte ich mit drei Stichworten am Anfang für dieses Gespräch eine Grundlage aus meiner Sicht legen, denn der Hauptteil wird heute Abend zum Thema Heimat und Patriotismus von Dr. Norbert Lammert eingebracht. Einem Mann, der in seiner neuen Funktion, genau wie in der vorherigen Funktion, immer dem Land Thüringen, mit dem

Widervereinigten Deutschland, mit den Chancen, die sich ergeben haben, verbunden war und der in der Vergangenheit auch sehr intensiv in der Union und in Deutschland gerade die bildungs- und hochschulpolitische Fragen bearbeitet hat.

Wir erinnern uns gut an einen bildungspolitischen Parteitag, der die Union zwar nicht besonders beachtet hat, der uns aber sehr viel Zeit und inhaltliche Arbeit abverlangt hat. Der glaube ich, deutlich gemacht hat, wie stark gerade auch die Erfahrungen sind, in den neuen Ländern mit dem Neuaufbau unserer Bildungs-, Ausbildungs-, Forschungs-, Technologie- und Hochschulpolitik innerhalb der Union und innerhalb Deutschlands Zeichen setzen zu können.

Ich will drei Stichworte aufgreifen, die ja ein Stück auch die Thematik unserer Regionalberatungen betreffen. Mike Mohring hat es angesprochen, wir sind dabei, ein Grundsatzprogramm zum ersten Mal in der Thüringer Parteigeschichte zu schreiben. Es liegt auf den Tischen. Und schon die Symbolik auf dem Heft macht deutlich, es geht nicht um die Alltagsproblematik, um die Fragen, die man morgen oder übermorgen berät, die Wirtschaft, die Technologie und Bildungspolitik oder auch andere Politikfelder mit Fragen und Antworten begleiten kann. Es geht um die Frage - Was uns verbindet -. Und die Antwort darauf wurde auf den Veranstaltungen in den letzten Monaten gegeben. Mike Mohring hat eine große Delegation angeführt und war nach Rom unterwegs mit vielen aus Thüringen, die dort inhaltlich ethische Fragen diskutiert haben. Wir haben in Thüringen Veranstaltungen durchgeführt u. a. im Thüringer Landtag unter der Führung der CDU-Fraktionsvorsitzenden Christine Lieberknecht zur Programmatik und zuletzt zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Heimat und Patriotismus.

Und jetzt, nachdem wir in Dermbach auf unserem Landesparteitag das Programm in Endform in die Debatte eingebracht haben, wollen wir auf den Regionalkonferenzen mit Ihnen gemeinsam dieses Programm im Entwurf diskutieren, um dann im Juni auf unserem nächsten Landesparteitag zusammen mit dem Generalsekretär Ronald Pofalla dies zu diskutieren und zu verabschieden.

Dies verbindet uns mit der Bundesunion, denn wir sind auch auf Bundesebene, wie Sie wissen, ebenfalls in einer Programmdebatte. Ich habe die große Freude, wie viele aus Thüringen, dabei zu sein und als stellvertretender Vorsitzender mit zu überlegen, welche

Grundsatzaussagen wir nach 1994 neu oder auch etwa vergleichbar formulieren, um auch diese Grundsatzaussagen für die nächsten Jahre zu verdeutlichen.

Warum braucht man Grundsatzprogramm? Die CDU als Volkspartei braucht es, um Selbstvergewisserung zu betreiben, um auf die Fragen der Zeit nicht nur zu antworten und kurzfristige Antworten unserer aktuellen Zeit zu geben, den Zeitgeist genügend, sondern die man aus unseren Grundwerten, aus unseren Wortüberzeugungen begründen kann. Deshalb ist eine der wesentlichen Aufgaben eines solchen Grundsatzprogramms nicht in erster Linie anderen zu zeigen, aus welchem Geist wir Politik gestalten, sondern uns selbst in dieser Vergewisserung zu bestärken und auch das Gespräch über die konkreten Aussagen dieser Vergewisserung durchzuführen. Denn im Alltag geht es Ihnen wie auch uns. Tagtäglich müssen wir Antworten geben auf ganz bestimmte Fragen aller politischen Ebenen. Aber auch in dieser Situation zu erklären, warum wir zum Beispiel in der Familienpolitik, in der Kommunalpolitik, in der Wirtschaftspolitik oder in anderen Politikfeldern genau diese Antwort geben und keine andere. Wir brauchen deshalb eine grundsätzliche politische Begründung.

Dass uns im ersten Kapitel das Christliche Menschenbild besonders wesentlich ist, steht dabei außer Frage. Wir wollen uns zur Menschenwürde bekennen, zur Verantwortung in Freiheit, zur Frage nach der Gerechtigkeit bei Schwachen, zum gleichwertigen Zugang zu Lebenschancen und zur Frage der Erhaltung der Balance in der Gesellschaft durch Solidarität und Subsidiarität. Das mag selbstverständlich klingen, ist es aber nicht, wenn wir die Debatte des Alltags einmal komplett bewerten. Alleine die Frage Leben und Menschenwürde wirft ein sehr breites Fragenspektrum auf. Wenn Sie sich die Niederlande anschauen, wie man mit alternden kranken Menschen umgeht, der Wert eines Lebens in Abrede gestellt wird und quasi als „Sterbehilfe“ das Leben beendet wird, steht die Frage der Menschenwürde gerade in einem modernen Zeitalter sehr klar als politische Herausforderung da. Auch die Frage, wie wir zu unserer freiheitlichen Ordnung in einer neuen globalisierten Herausforderung stellen, hat ebenfalls etwas mit Menschenwürde zu tun. Stärken wir den Staat, versuchen wir den Staat immer mehr in die eigentlich unerfüllbare Rolle hinein zu interpretieren, das Glück jedes Einzelnen zu organisieren durch möglichst gerechte Verteilung oder verstärken wir die Kräfte des Einzelnen, fordern und fördern wir seine Menschenwürde, damit er seine Freiheit nutzen kann?

Auch die Fragen der Solidarität und Subsidiarität stellen sich in einer ganz neuen Dimension. Sind wir weiter der Auffassung, dass wir das, was an Erträgen in der Gesellschaft da ist, möglichst optimal verteilen, um den Anspruch einer möglichst maximalen Solidarität zu sichern, um am Ende aber festzustellen, dass man die subsidiären Kräfte immer mehr in Frage stellt und sogar in eine negative Position bringt oder führen wir die Solidarität zurück auf den Grundtenor unserer christlichen Überzeugung - Hilfe in Not und Hilfe zur Selbstfindung?

Und deshalb führen uns diese Fragen, die wir jeden Tag aufs Neue beantworten müssen und die uns oft in der Debatte Schwierigkeiten machen werden, immer zurück zu unserem Wertekonzept, zu unseren Grundüberzeugungen.

Als zweites Thema wenden wir uns dem Grundaufbau unserer freiheitlichen Gesellschaft zu – Wie kann unser Leben gelingen? Wer heute das immer noch aktuelle Buch von Kardinal Höffner zum Grundaufbau der christlich orientierten Gesellschaft liest, kann feststellen, dass das, was im Grundgesetz Artikel 6 und in unserer Verfassung im Artikel 17 steht, schon damals und über die Jahre immer die Grundüberzeugung unserer Sozialen Marktwirtschaft war. Die Grundfundamente unserer Gesellschaft werden nicht vom Staat gebildet, sondern von Ehe und Familien. Das ist der Ausgangspunkt für Gesellschaft. Und deswegen steht zu Recht im Artikel 6 des Grundgesetzes wie im Artikel 17 unserer Thüringer Verfassung der exakt gleiche Text: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“ Daraus leitet sich ein Gesellschaftsaufbau ab, der sich auf Freiheit beruft, der auf Verantwortung beruht, der Gerechtigkeit erreichen möchte und der die Solidarität und die Subsidiarität organisiert. In der Familie, über die Ehe gestiftet, wird die Zukunft bereitet über Kinder und über das, was weitergegeben wird. Und es ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe, in diesem Kapitel noch mal sehr deutlich zu machen, dass der ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst Wolfgang Böckenförde Recht hat, wenn er sagt: Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. Aber dennoch! Wir brauchen diese Voraussetzungen. Die Kirchen, die Gläubiger, die in unserer Gesellschaft, sind die entscheidenden Motivatoren und geben entscheidende Orientierungen, die notwendig sind für genau diese Voraussetzungen. Die Kirche muss Bestand haben und muss auch gesellschaftlich gewertschätzt werden, damit wir in Deutschland wie auch in Europa die Fundamente sichern. Der Papst hat in seiner Eigenschaft als Kardinal einen Aufsatz geschrieben mit der Überschrift: Europa ist krank.

Gelöscht: -

Gelöscht: "

Die zwei Krankheitsursachen, die er identifiziert hat, waren zum einen die Aufgabe der Familie und damit die Sorge um die Zukunft nicht mehr in konkrete Verantwortung zu geben, und zum anderen das Verlassen unserer geistigen Fundamente. Wir sind ein christlich geprägt es Abendland. Über Jahrhunderte wurde Europa, wurde Deutschland, wurde Thüringen in allen Regionen genau aus diesem Geist geprägt. Man kann es sehen, man kann es spüren, man merkt es in unseren Werten und in unserer Überzeugung. Und deshalb haben Kirchen nicht nur Denkmal pflegerischen Charakter oder den Charakter sonntags möglichst zu einer guten Feierkultur beizutragen oder den wichtigsten Stationen des Lebens diese Feierkultur auch besonders deutlich spürbar zu machen. Sondern Kirchen haben einen wesentlichen Orientierungsauftrag und sorgen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, weil sie geistige und geistliche Orientierung bieten.

In einem dritten Kapitel wenden wir uns unserer freiheitlichen Demokratie zu.

Wir sind heute alle noch genauso dankbar wie 89/90, dass wir es erleben können und gestalten können, ein Land in Freiheit mit demokratischen Strukturen zu versehen und zu führen. Uwe Ehrich, unser erster Landesvorsitzender in dieser Wendephase, ist heute Abend hier. Die ganze Union in Thüringen im Umbruch hat es zusammen geführt, diejenigen, die neu hinzugekommen sind, und die, die lange dabei waren, die, die aus dem DA gekommen sind, so wie die, die aus der Bauernpartei dazugekommen sind. Ihr gemeinsames Ziel war es, endlich Demokratie zu gestalten.

Demokratie braucht aber auch Überzeugungen und eine Gesellschaft, die Mittun erfordert. Die auf eine aktive Bürgergesellschaft setzt, auf eine föderale Struktur in Deutschland bei den kommunalen Selbstverwaltungen und auf eine unabhängige rechtsstaatliche Ausgestaltung. Und das ist nicht selbstverständlich. Denn ringsherum gibt es viele Gesellschaften, die derzeit nicht vollständig demokratisch sind. Wer nach China schaut, wer nach Europa schaut, wer nach vielen anderen durchaus sehr, sehr stark sich entwickelnden Ländern schaut, stellt fest, die Demokratie in der uns wichtigen Form ist nicht selbstverständlich. Und wer dann nach Thüringen schaut und den Thüringenmonitor liest, der von der Jenaer Universität in Folge jedes Jahr weiterentwickelt wird, kann feststellen, wie viele Menschen zweifeln, auch in Thüringen, an der Wirkfähigkeit der Demokratie.

Und das Ergebnis, das erleben wir, sind dann die Menschen, die sich herausreißen, die sich nicht mehr für politische Parteien engagieren, die sich gar nicht mehr beteiligen oder die den extremen Weg gehen. Rechtsextremismus oder Linksextremismus - beides sind Gefahren für die Demokratie.

Im vierten Kapitel begründen wir noch einmal unser Bekenntnis zur Wirtschaftsordnung, zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Aufgabe Arbeit dadurch zu schaffen.

Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Und keine andere Partei in Deutschland kann diese Überzeugung glaubwürdig von Beginn der Bundesrepublik bis heute für sich behaupten. Als Ludwig Erhard 1948 die Soziale Marktwirtschaft durch die Etablierung der Marktwirtschaft in Deutschland begründet hat, hat der SPD-Vorsitzende der Bundesrepublik Deutschland, Schumacher, formuliert: Das sei ein Ballon, aufgeblasen durch das Unternehmertum, gefüllt mit stinkendem Liberalismus. Der DGB von 1948 hat damals den ersten großen Generalstreik mit Massenstreik organisiert. Das heißt auch, wenn heute diese ein Erfolg ist, die Marktwirtschaft in sozialer Prägung die richtige Ordnung ist, dann weil die Union diese Grundüberzeugung hatte und daran festhielt, diese auch hier in Deutschland durchzuführen.

Gelöscht: ,
Gelöscht: ,
Gelöscht: ,
Gelöscht: ¶

Im letzten Kapitel begründen wir unser Verhältnis zur Heimat Thüringen und damit das wichtigste Thema, welches heute im Mittelpunkt steht.

Ich denke, wir brauchen das Grundsatzprogramm zur Selbstvergewisserung und auch zur Argumentation, warum wir so und nicht anders bei bestimmten tagespolitischen Entscheidungen argumentieren und entscheiden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will, dass der Staat Ihnen Hilfe gibt, dass er Menschen unterstützt. Aber ich will zum Beispiel nicht, dass er eingreift in die Authentizität und in die Autonomie der Familie. Das haben Familien in Deutschland, wie auch in Thüringen, selbst zu entscheiden, wie sie sich organisieren und der Staat hat dafür zu sorgen, dass sie die Optionen haben. Aber er hat nicht die Aufgabe die Entscheidung vor zu prägen, weder in die eine Richtung noch in die andere. Und das ist eine wertepolitische Entscheidung, die sich aus unserer Überzeugung festmacht. Wer nicht an dieser Stelle den Staat begrenzt, entwertet die Familie, entwertet die Ehe und wird dauerhaft auch die Gesellschaft entwerten. Und deshalb müssen wir diese Debatte führen, weil wir feststellen, dass sie sehr oft im Zeitgeist geführt wird und damit vergessen wir, dass die grundlegenden Überlegungen für den Dauerbestand einer Gesellschaft von Bedeutung sind.

Und genauso könnte man eine wichtige bildungspolitische Debatte wertepolitisch begründen, warum wir als Union von der ersten Stunde an auf Differenzierung Wert legen, darauf dass Familien gefördert werden, genauso wie die Schwachen gefördert werden sollen. Dass wir Differenzierungen auch an Schulformen festmachen und Übergänge nicht beliebig zulassen, sondern an Leistung orientieren, das ist eine zutiefst wertepolitische Entscheidung. Diejenigen, die in den 68er Zeiten im Westen, wie im Osten in der sozialistischen Schule auf Egalität als einziges Prinzip gesetzt haben, sind gnadenlos gescheitert: Sowohl in der Leistungsentwicklung einer solchen Schule, wie in der Wertevermittlung einer solchen Schule und auch der Produktivität einer Schule für die Zukunft einer Gesellschaft. Genau das Gleiche könnte man in der Wirtschaft beurteilen. Die Marktwirtschaft braucht einen starken Mittelstand. Ihn zu entlasten, ihn zu fördern, ist die wichtigste arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Wer glaubt, durch staatliche Ordnungen Arbeitsmarktpolitik zu betreiben, der scheitert am Ende am Markt. Am Markt muss sich das Produkt, muss sich die Dienstleistung beweisen. Dann werden Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Die Globalisierung, in der wir leben, ist die Voraussetzung noch viel stärker und viel klarer. Ich hab bewusst diese Beispiele genommen, weil sei Beispiele sind für die Thüringer Politik in den letzten Jahren Familienpolitik, Bildung-, Ausbildungs-, Forschungs-, Hochschulpolitik und Wirtschaftspolitik. Das sind die drei Grundpfeiler, auf denen wir unseren Umgestaltungsprozess in den letzten Jahren auch vorangebracht haben. Ich freue mich aber, dass die Union mit dieser Regionalberatung besonders das Thema Heimat und Patriotismus in den Mittelpunkt stellt. Gerade in Zeiten der Globalisierung, gerade vor dem Hintergrund der europäischen Integration, brauchen wir ein Bewusstsein für unsere Identität, für unsere Heimat.

Wenn man das anders versucht zu begreifen, begeht man den gleichen Fehler wie die Eltern, die meinen, ihren Kindern nicht Erziehung zu teil werden zu lassen, sie zu fordern, ihnen klare Prinzipien vorzugeben und vorzuleben. Sie werden später ebenfalls erleben, dass diese Kinder dann auch keine eigenen Erziehungsziele und keine eigenen Werte haben. Sie müssen ihnen vorgelebt werden. Jedes Kind kann, wenn es erwachsen wird, sich natürlich anders entscheiden. Das können wir auch in Blick auf Heimat und auf Patriotismus und auf die ganzen Wertüberzeugungen, die uns mit unserer Nation verbinden sagen. Wir brauchen eine eigene Identität, um dialogfähig zu sein und tolerant sein zu können. Oft wird in Deutschland Toleranz mit Beliebigkeit verwechselt.

Toleranz heißt, andere zu akzeptieren und auch zu ertragen, dazu gehört auch mindestens eine eigene tiefe Überzeugung zu haben, die auch artikulieren zu können. Und deshalb bin ich dankbar, dass wir heute dieses Thema in den Mittelpunkt rücken.

Drittens, und dies ist ein sehr aktueller Punkt und deswegen will ich dies auch mit ansprechen, damit sie auch dazu Fragen stellen können, wenn sie möchten. Wir sind in einem wichtigen Jahr 2007. Alle Fraktionsmitglieder, auch aus dem Kabinett, auch Christine Lieberknecht und alle, die hier im Raum sitzen, wissen in diesem Jahr müssen wir die schwierigsten Entscheidungen für diese Legislaturperiode abschließen können. Wir legen einen Doppelhaushalt für 2008/2009 vor, bei dem wir genau wissen, dass ab dem Jahr 2009 jedes Jahr, und das kann nicht mehr verändert werden, Thüringen ohne eigenes zu tun 200 Mill. Euro etwa weniger einnimmt, weil der Solidarpakt zurückgeht und weil der Länderfinanzausgleich auf Grund unserer Bevölkerungsabnahme und andere Veränderungen geringer ausfällt. Dazu kommen ab dem Jahr 2013 ein kontinuierlicher Rückgang und möglicherweise sogar ein sprunghafter Rückgang der EU-Förderungen. Deswegen wollen wir den ausgeglichenen Haushalt für 2010, weil wir weiter führen wollen in diesem Landtag, weil wir weiter Verantwortung wahrnehmen wollen und deshalb heute schon die Weichen so stellen, dass wir diese Verantwortung für 2010 und 2011 und die Folgejahre auch tragen können.

Wenn ich auf diese Zeit schaue: Wer sagt, es geht jetzt nur um 2009, der ist nicht nur vorsichtig, sondern, der macht sich selbst etwas vor. Wir legen nicht heute schon Dinge fest, die man ganz sicher morgen oder auch übermorgen nicht mehr abstreiten kann. Und deshalb ist es richtig, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben. Deshalb werden wir diesen Kurs, wenn die Einnahmesituation so bleibt wie jetzt bei der konjunkturellen Situation, in aller Ruhe begehen, und ich bitte Sie alle, wenn Sie dies im Alltag diskutieren, dass Sie dies genauso argumentieren: Wer auf Dauer nicht ausgeglichene Haushalte verabschiedet, wer auf Dauer gegen die wirtschaftliche Vernunft agiert, wer auf Dauer mehr ausgibt als er einnimmt, der handelt unsolid und wenig auf die Zukunft gerichtet. Der bestraft unsere Kinder, die dann gestalten müssen, genau mit den Dingen, die wir heute nicht verantworten. Wir müssen deshalb auch in Zukunft zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen und dann können wir auch unseren Schuldenberg abarbeiten.

Im Moment finanzieren wir rund 700 Millionen Euro nur in Kreditfinanzierung, nur damit wir den Berg auch verantworten und verwalten können, noch nicht damit wir den Berg auch wieder reduzieren können. Und die gleiche Aufgabe gilt für Deutschland, in der Debatte um die Föderalismusreform II, die in der letzten Woche begonnen hat, wird dies diskutiert. Die gleiche Aufgabe stellt sich für alle Länder, für den Bund und am Ende auch für die Kommune.

Das zweite große Thema ist, mit den Kommunen über den neuen Finanzausgleichsgesetzgebungsprozess zu reden. Kommunaler Finanzausgleich vor dem Hintergrund des Verfassungsgerichtsurteils ist eine schwierige Aufgabe. Und das in einer Zeit, wo wir gleichzeitig eine deutliche Deregulierung betreiben. Wir wollen mit der Behördenstrukturreform die Aufgaben im Land stärker auf der unteren Ebene ansiedeln. Aus einem sehr einfachen Grund. Wir müssen, wo immer es rechtlich zu begründen ist, die Betroffenheitsebene und die Entscheidungsebene zusammenführen.

Immer dann, wenn ein anderer die Entscheidung fällt und weg von der Betroffenheitsebene diese Entscheidung fällt, dann ist nicht das Problem gelöst, sondern ein neues Problem geschaffen.

Gelöscht: ¶

Man könnte über konkrete Beispiele reden, die Umweltverträglichkeitsprüfung, man könnte Unternehmen aufzählen, auch mal hier aus dem Landkreis. In den letzten Jahren, entstanden Probleme, weil sie nicht im Landkreis entschieden werden konnten. Deshalb haben wir sehr bewusst die Entscheidung gefällt: Die staatlichen Umweltämter werden aufgelöst und die zwingenden Aufgaben werden auf die Kommune, auf den Landkreis gelegt und dort, wo es überregionale Verantwortung für diese Bereiche gibt, wird das an die Bündelungsbehörde eines Verwaltungsamtes herangetragen. Damit erhöhen wir nicht durch Sonderinstitutionen Probleme, sondern arbeiten wirklich stringent an der Problemlösung. Und deswegen werden wir diesen Prozess ebenfalls in diesem Jahr abarbeiten. In anderen Ländern tragen die Kommunen bereits mehr Verantwortung vor Ort, wir können das ebenfalls organisieren und wir werden weiter mit den kommunalen Spitzen unsere Verantwortung wahrnehmen.

Gelöscht: ,

Das Dritte: Wir werden eine große Zahl von Gesetzen zu verändern haben, um genau diesen Zielen zu entsprechen. Also noch vor der Sommerpause wird dem Thüringer Landtag ein Gesetzkpaket erreichen, in dem der Doppelhaushalt, das Finanzausgleichsgesetz und viele Gesetze zur Novelle anstehen, um dann in Ruhe aber

Gelöscht: ,

natürlich auch mit der notwendigen Konzentriertheit, bis spätestens September die Pakete zu besprechen, um am Ende auch zu entscheiden. Dann haben wir, das, was ich in der Regierungserklärung im September 2004 angekündigt habe, auch umgesetzt. Dann haben wir in dieser Legislaturperiode unsere Chance in der Freiheit genutzt. Dann haben wir in Thüringen in einer guten Ausgangsposition in exzellenter Entwicklung noch mehr Entwicklung und Dynamik gegeben.

Gelöscht: ,

Gelöscht: n

Und darüber können wir auch in 2008 und 2009 mit den Wählerinnen und Wählern zusammen reden und deutlich machen und um weitere Verantwortung bitten ab dem Jahr 2009. Wir werden in aller Klarheit, in aller Entschiedenheit und aller Offenheit die Diskussionen in den nächsten Wochen führen. Wir werden dabei Streitthemen nicht aus dem Weg gehen, aber wir werden, so denke ich, als Union gemeinsam am Ende den Weg erfolgreich begehen. Denn wir haben, so wie 1999, so wie in den ersten Jahren Thüringens, so wie in der Zeit der großen Koalition und dann noch in der Zeit der absoluten Mehrheit immer die Aufgabe gesehen. Und unsere Aufgabe ist schlicht und einfach, diesem Land zu dienen, dem Land alte Prägungen wieder zurück zu geben, das christliche Abendland im Jahr der Heiligen Elisabeth besonders spürbar zu machen und gleichzeitig die Aufgabe, diesem Land ein Zukunftsprofil zu geben, was nicht nur aus Höchsttechnologien besteht, sondern ein Profil, aus dem Zukunft durch Arbeit, durch Wirtschaftsentwicklung organisiert werden kann. Und wir als Christdemokraten haben die Aufgabe in diesem Land den Charme und die Anziehungskraft zu erhalten, aus der Natur und aus der Kultur, aus dem, was die Menschen mit der Heimat verbindet und damit Thüringen zu diesem liebenswerten Land in der Mitte Deutschlands und Europa macht. Deshalb steht diese Aufgabe im Mittelpunkt, jetzt die Programmdiskussion zu unserem Grundsatzprogramm zu führen und gleichfalls die schwierigen, aber notwendigen Aufgaben abzuarbeiten, um dann mit den Wählerinnen und Wählern mit tiefer Überzeugung, weil wir zueinander stehen, für die Erfolge für 2009 zu kämpfen auf kommunaler Ebene, auf europäischer Ebene, auf Landesebene. Dafür wünsche ich uns viel Glück und viel Erfolg. Ich wünsche den Zusammenhalt in den nächsten Jahren, dann schaffen wir das. Man darf nicht rot-rot wählen, sondern Thüringen muss aus der Mitte der Gesellschaft weiter geführt werden, und damit wir das schaffen, müssen wir in diesem Jahr unsere Aufgaben wahrnehmen.

Gelöscht: ,

Herzlichen Dank.